



**Die Fraktionen von
CDU, SPD, B90/Grüne und FDP
im Rat der Stadt Remscheid
beschließen im Rahmen des „Zukunftspakts Remscheid“
folgende Maßnahmen zur Konsolidierung der Finanzen und
Reorganisation der Stadt Remscheid:**

Wie im Zukunftspakt für die Stadt Remscheid formuliert, stehen Rat und Verwaltung in der Verantwortung, einen eigenen Beitrag zur Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit zu erbringen. Dabei herrscht Klarheit darüber, auch politisch unbequeme und schwierige Entscheidungen treffen zu müssen, um die Ausgaben der Stadt Remscheid spürbar zu senken und auf diesem Wege ein weit höheres Einsparvolumen als bisher zu erzielen. Dieser Weg ist unumgänglich, um eine belastbare Gerechtigkeit zwischen den Generationen in unserer Stadt wieder herzustellen. Die folgenden Maßnahmen und Arbeitsaufträge an die Stadtverwaltung sind der erste Schritt, um eine grundlegende Konsolidierung der Finanzen und eine Reform der Kommunalverwaltung in Remscheid zu erreichen. Die Umsetzung dieses Prozesses wird die Stadt in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen. Die Fraktionen werden darauf hinarbeiten, die Maßnahmen in verbindliche Zielvereinbarungen zu überführen.

1. Die Einrichtung des Projektbüros durch die Oberbürgermeisterin wird begrüßt. Der Leiter des Büros erhält die notwendigen Kompetenzen, um dem Lenkungsausschuss, der Oberbürgermeisterin und dem Verwaltungsvorstand über den Fortgang der einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen zu berichten. Zu einzelnen strittigen Maßnahmen kann externer Sachverstand hinzugezogen werden.

Das Projektbüro erstellt einen Projektplan, in dem sich alle Konsolidierungs- und Reorganisationsmaßnahmen wiederfinden.

2. Die zuvor genannten Fraktionen beantragen in der kommenden Sitzung des Rates (25. Oktober 2007), dass folgende Maßnahmen in einer ersten Welle in die Umsetzungsphase übernommen werden:

siehe Anlage 1

Die Basis für die weitere Beratung in den Gremien ist der Vorschlag der Beratungsgesellschaft von Rödl & Partner. Ergänzungen seitens der Fraktionen, die Vorschläge des Verwaltungsvorstandes und eventuelle rechtliche Einschränkungen werden im weiteren Verfahren berücksichtigt.

3. Folgende Maßnahmen werden nicht weiter verfolgt:

siehe Anlage 2

4. Alle weiteren Maßnahmen werden beraten und in einer zweiten Welle in den Prozess eingesteuert. Hierbei werden insbesondere folgende Bereiche zu betrachten sein:

- die Zukunft der Organisation des Sportbetriebs in Remscheid,
- die Steuerung der Qualitätssicherung und Kosten im Jugend-, Sozial- und Pflegebereich,
- die Organisation und Einbindung der städtischen Beteiligungen.

5. Zu den übergreifenden von der Unternehmensberatungsgesellschaft vorgeschlagenen organisationsbezogenen Maßnahmen empfehlen die Fraktionen der Oberbürgermeisterin, folgende Punkte hinsichtlich einer Umsetzung zu prüfen:

- a. Die Ausgliederung des Gebäudemanagements (SE 28) in eine kommunale Eigengesellschaft unter Berücksichtigung der interkommunalen Zusammenarbeit in der Bergischen Region.
- b. Die Einrichtung eines gesamtstädtischen Forderungsmanagements.

- c. Die kurzfristige Vorlage eines Personalabbaukonzeptes.
- d. Die mittelfristige Einrichtung eines zentralen Betriebscontrollings.
- e. Die Zusammenlegung der Organisationseinheiten Bürgeramt (15), Amt für öffentliche Ordnung (32) und Ausländer- und Versicherungsamt (33).
- f. Die Zusammenlegung der Organisationseinheiten Personal (11) und Organisation (25) im Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin.
- g. Die Auflösung des Rechtsamts (30) zugunsten einer Bergischen Lösung.
- h. Die Einrichtung eines zentralen Betriebshof aus den Organisationseinheiten Straßen- und Brückenbau (66), Landschaft, Grünflächen und Friedhöfe (67) und Sport und Freizeit (OE 45).
- i. Im Rahmen der Neuorganisation des Amtes für Vermessung, Kataster und Liegenschaften (62) wird künftig nur noch ein Vermessungstrupp vorgehalten.
- j. Eine Umorganisation des Bauordnungsamtes (63) mit dem Ziel, Kosten zu reduzieren und Baugenehmigungsverfahren möglichst zu optimieren.

Nr.	Dez.	OE	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme	Anmerkungen Fraktionen
1	Dez. I	OE 15	Schließung der Bürgerbüros Süd und Lennep	Die Bürgerbüros Süd und Lennep sind aufgrund der räumlichen Nähe zur Zentrale bzw. zum Bürgerbüro Lüttringhausen sowie aufgrund der sinkenden Geschäftsvorfälle zu schließen. Die Bürgerbüros Süd und Lennep befinden sich in	Die Mietverträge mit den Bürgerbüros Süd und Lennep werden gekündigt.
2	Dez. I	OE 15	Personalreduzierung	Aufgrund der Schließung der Bürgerbüros Süd und Lennep kann im Bürgerbüro Süd eine halbe Stelle (31.050 EUR) und im Bürgerbüro Lennep eine ganze Stelle (49.100 EUR) eingespart werden. Die verbleibende halbe Stelle aus dem	
3	Dez. I	OE 15	Erhebung von Verwarn- u. Bußgeldern	Zum 10.05.2007 befanden sich 1.970 Personen nicht im Besitz eines gültigen Personaldokumentes (gesetzlich vorgeschriebener Personalausweis). Bisher blieb das Bürgeramt ca. 1 Jahr untätig, erst danach folgte ein Verwarnungsgeld in Höhe	Der Verwaltungsvorschlag Variante 2 soll weiter verfolgt werden
4	Dez. I	OE 15	Personalreduzierung	Das Wahlamt hat insgesamt vier Wahlen (Kommunalwahl, Landtagswahl, Bundestagswahl, Europawahl) durchzuführen. Bei allen vier Wahlen fällt die Abwicklung des Briefwahlgeschäfts an. Hierfür werden sechs bis acht Stellen für	Vertiefender Prüfauftrag
5	Dez. I	OE 20	Verlagerung der Bearbeitung von Hypothekenfällen	Durch eine Verlagerung der Bearbeitung der städtischen Hypothekenfälle nach Wuppertal kann eine Vollzeitstelle eingespart werden. Die Maßnahme befindet sich gegenwärtig in der verwaltungsinternen Abstimmung.	
6	Dez. I	OE 20	Optimierung des Zinsmanagements	1. Schulden aus Krediten (92.865.000 €) Der Durchschnittszinssatz liegt durch die stark gestiegenen Zinsen aktuell unter Marktniveau. Jedoch werden in diesem Depoteil etwa 40.000.000 € in den nächsten Jahren aus der Zinsbindung laufen.	Klakulierter Ausstieg aus den Spekulationsgeschäften.
7	Dez. I	OE 21	Mobilisierung von Altforderungen	Die Stadt Remscheid hat Altforderungen aus Vorjahren in Höhe von ca. 17 Mio. EUR sowie zusätzlich erhebliche, gegenwärtig nicht bezifferbare Beträge an niedergeschlagenen Forderungen. Eine effiziente Bearbeitung dieser Forderungen	
8	Dez. I	OE 21	Implementierung eines stadtweiten Forderungsmanagements	Im Rahmen des Projektes "Haushaltskonsolidierung bei der Stadt Remscheid" wurde der Bereich des Forderungsmanagements (OE 21) untersucht. Die Untersuchung hat gezeigt, dass der Forderungseinzug durch die Stadtkasse im	
13	Dez. I	OE 27	Reduzierung von PC Arbeitsplätzen	Im Rahmen des Projektes Haushaltskonsolidierung wurde in der OE 27 EDV und Nachrichtenrechnik der Ausstattungs- und Finanzierungsbedarf von Bildschirmarbeitsplätzen	
14	Dez. I	OE 27	Weitere Kooperation innerhalb des "Dachverbands kommunaler IT-Dienstleister - KDN";	Die Stadt Wuppertal wird im Jahr 2007 ihren restlichen BS 2000 Großrechnerbetrieb zur "Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung"	
15	Dez. I	OE 27	Optimierung des Personaleinsatzes im Bereich Pforte - Schaffung eines	Die 5 Mitarbeiter/innen bei der Telefonzentrale / Pforte sind der OE 27 zuzurechnen. Um den Bürgerservice weiter auszubauen, sollte darüber nachgedacht werden, mit den	Umsetzung mit Einstieg in das Bergische Servicecenter
16	Dez. I	OE 27	Anpassung der EDV Unterstützung für ARGE, Röntgen Museum, Schulen	Die technisch anspruchsvolle Umsetzung der EDV-Lösung für die ARGE war mit sehr hohen Kosten verbunden. Im Gegensatz zu den anderen ARGEn im bergischen	Überarbeitung des Vertrages

Nr.	Dez.	OE	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme	Anmerkungen Fraktionen
17	Dez. I	OE 27	Kontrolle der Nutzung der dienstlichen Arbeitsplatz-Infrastruktur	Im Rahmen des Projektes Haushaltskonsolidierung wurde in der OE 27 EDV und Nachrichtentechnik das monatliche Downloadvolumen der Stadt überprüft. Hierbei wurde	
18	Dez. I	OE 27	Reduzierung der Drucker	Die Stadt Remscheid unterhält derzeit laut Inventarverzeichnis 838 Drucker bei noch 1370 aktiven Computerarbeitsplätzen. Dies entspricht einer Quote von 0,64 Drucker pro	
19	Dez. I	OE 28	Reduzierung des Flächenbedarfs in der Verwaltung	Der Flächenbedarf in der Stadt Remscheid hat seit 1980 um ca. 30 % zugenommen. Gerade im Bereich der Verwaltung ist der Flächenbedarf überdurchschnittlich. So liegt die	
20	Dez. I	OE 28	Kostenreduzierung bei Ausgliederung	Bei der Ausgliederung des Gebäudemanagements in eine externe Gesellschaft sind Baumaßnahmen unterhalb der EU-Schwellenwerte nicht mehr	siehe auch Vorschläge zur Organisationsänderung
21	Dez. I	OE 30	Leistungsverdichtung	Durch Leistungsverdichtung bei der Sachbearbeitung kann eine Vollzeitstelle eingespart werden.	siehe auch Vorschläge zur Organisationsänderung
23	Dez. I	OE 32	Ausbau der Verkehrsüberwachung in Verbindung mit einer veränderten	Die Kontrolldichte im ruhenden Verkehr ist auszubauen. Mit einer Ausweitung der Parkgebührenpflicht um je 3 Stunden von Montag bis Freitag und um 2 Stunden am Samstag	
24	Dez. I	OE 32	Zusammenlegung von OE 32, OE 33 und OE 15	Der Leiter des Ausländeramtes geht zum 01.07.2007 für 3 Jahre (Wegfall ab 07/2010) in Altersteilzeit. Durch die Zusammenlegung des Ordnungsamtes, Einwohneramtes	
37	Dez. II	OE 51	Schließung der Übergangwohnheime	An insgesamt 8 Standorten stehen Plätze für 469 Personen (bzw. 342 Personen im Jahresdurchschnitt) zur Verfügung. Die derzeitige Auslastungsquote beträgt ca. 72 %. Nach	
38	Dez. II	OE 51	Reduzierung der Personalkosten für die Betreuung der Asylbewerber	Mit der möglichen Aufgabe des Standortes für das Übergangsheim im Talsperrenweg in Lennep und des vorzuhaltenden 24-h Betriebes könnten die eingesetzten	
39	Dez. II	OE 51	Realisierung von BSHG Altforderungen	Nach der gesetzlichen Neuregelung im Bereich der Sozialhilfe und Grundsicherung bestehen derzeit in Remscheid ca. 14.000 sogenannte BSHG Altfälle. Von diesen konnten	
40	Dez. II	OE 51	Realisierung der Elternbeiträge u. der Essensentgelte	Im Bereich der Förderung von Kindern in Tagesbetreuung gibt es laut Angaben des Fachbereichs ausstehende Elternbeiträge und Essensentgelte. Im Rahmen der	
44	Dez. II	OE 53	Erhöhung der Gebühren	Im Gesundheitswesen gibt es aufgrund strenger gesetzlicher Vorgaben wenig Gestaltungsspielraum. Es werden für alle Leistungen, für die eine Erhebung von Gebühren in	

Nr.	Dez.	OE	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme	Anmerkungen Fraktionen
46	Dez. III	OE 37	Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit bei	Die Feuerwehr praktiziert interkommunale Zusammenarbeit bereits bisher in den Bereichen überörtliche Hilfe, nachbarschaftliche Hilfe und gemeinsame Fahrzeuge (z.B.	
47	Dez. III	OE 37	Erhöhung der Kostenersatz-Sätze u. Entgelte für Leistungen der Feuerwehr	Die Feuerwehr erzielt Einnahmen u.a. aus Kostenersatz und Entgelten. Die ersatz- und entgeltspflichtigen Tatbestände sind in der "Satzung über den Kostenersatz und	
48	Dez. III	OE 37	Kostenersatz-erhebung in maximal zulässiger Höhe in allen zulässigen Fällen	Die Feuerwehr fordert für das Befreien von bei Verkehrsunfällen eingeklemmten Personen keinen Kostenersatz, obwohl dies nach der "Satzung über den Kostenersatz und	Vertiefender Prüfauftrag
49	Dez. III	OE 37	Anpassung der Kostenaufteilung der UA 1300 u. 1600 an das Verhältnis der Einsatzzahlen	Im Rahmen des multifunktionalen Einsatzes von Feuerwehrbeamten sowohl im Brandschutz als auch im Rettungsdienst werden prozentuale Stellenanteile im Umfang einer Stelle	
50	Dez. III	OE 37	Abbau von 3 Stellen	Der Funktionsplan der OE 37 legt für die Produkte Brand- und Bevölkerungsschutz und Rettungsdienst 28 rund um die Uhr zu besetzende Funktionen zu Grunde. Der	
51	Dez. III	OE 39	Zusammenarbeit mit Solingen in einem gemeinsamen Forstamt	Durch die aktuellen Genehmigungen der Verwaltungsvorstände plant das Forstamt Remscheid die Zusammenlegung mit dem Forstamt der Stadt Solingen. Eine Arbeitsgruppe	Vertiefender Prüfauftrag
52	Dez. III	OE 39	Einnahmeerhöhung durch mehr Personaleinsatz	Die Arbeit des Forstamts ist in hohem Maße von externen gesetzlichen Auflagen und externen Rahmenbedingungen geprägt. Aus dem Sturmschadensereignis "Kyrill" resultieren	Maßgabe: ohne Neueinstellungen
53	Dez. III	OE 39	Erhöhung der Gebühren	Das Forstamt hat aufgrund der hohen Nachfrage nach Brennholz einen Motorsägenführerscheinlehrgang für Brennholzsammler eingeführt. Auf diese Weise wird das	
54	Dez. III	OE 61	Reduzierung von Personalkosten	Durch die Änderung des Baugesetzbuchs (BauGB) zum 1. Januar 2007 sind im Stadtplanungsbereich weniger Gutachten erforderlich. Aus diesem Grund werden bis zu 80 %	Vertiefender Prüfauftrag
55	Dez. III	OE 62	Verkauf von nicht betriebsnotwendigem Grundvermögen	Nach Angaben der Organisationseinheit verfügt die Stadt Remscheid über ca. 20 nicht betriebsnotwendige Grundstücke mit einer Fläche von ca. 160.000 qm. Bei einem	
56	Dez. III	OE 62	Reduzierung von Personalkosten durch Rationalisierungsmaßnahmen	Durch Einsatz moderner technischer Ausstattung, wie beispielsweise 1.) Graphisches Feldbuch mit Anschaffungskosten von ca. 6.000 EUR, 2.) Laserscanner mit Anschaffungskosten von ca. 120.000 EUR und Pflegekosten	siehe auch Vorschläge zur Organisationsänderung
57	Dez. III	OE 62	Reduzierung der Ausgaben für Vermessungen an private Dritte	Bislang werden durch die OEs und die städtischen Beteiligungen Vermessungsleistungen an private Vermessungsbüros vergeben. Die Summe der nach außen vergebenen	siehe auch Vorschläge zur Organisationsänderung

Nr.	Dez.	OE	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme	Anmerkungen Fraktionen
58	Dez. III	OE 62	Verzicht auf das Produkt "Stadtplan"	Der Stadtplan der Stadt Remscheid ist ein Werbemedium der Stadt Remscheid. Das Produkt wird im Sinne einer Vollkostenrechnung nicht kostendeckend erstellt, d.h. die	Vertiefender Prüfauftrag
59	Dez. III	OE 63	Reduzierung der Personalkosten	Durch den Wegfall der Eigenheimzulage ist im ersten Quartal 2007 die Zahl der Baugenehmigungen bundesweit um 50 % gesunken. Am stärksten ist die Zahl der Baugenehmigungen für Zweifamilienhäuser (Minus von 61%) und für	siehe auch Vorschläge zur Organisationsänderung
63	Dez. III	OE 66	Bau einer Busspur Ueberfeld	Durch den Bau der Busspur wird der Abbau einer Buslinie möglich, es wurde bereits eine politische Vorentscheidung bzw. Entscheidung zu einer Testphase getroffen. Die	
64	Dez. III	OE 66	Umrüstung der Ampeln auf LED-Technik	38 von 82 Ampeln werden noch nicht "optimiert" (LED oder Niedervolt) betrieben. Nach IKVZahlen liegen die Investitionen pro Ampel einmalig bei rund 14.000 EUR bzw.	
65	Dez. III	OE 66	Fremdvergabe der Sinkkastenreinigung	Bisher besteht eine Abnahmeverpflichtung vom REB, der speziell dafür ein Fahrzeug vorhält. Bei einer Fremdvergabe könnten - wie bei jeder Fremdvergabe - Abhängigkeiten von	Die angebotene Kostenverringerung der REB soll angenommen werden.
69	Dez. III	OE 67	Reduzierung der zu bewirtschaftenden Flächen	Wesentliche Einflussgröße auf den Arbeitsanfall ist neben der Intensität der Pflege, die schon abgebaut wurde, die Größe und Anzahl der zu pflegenden Flächen. Da jedoch mit	
70	Dez. III	OE 67	Erstellung eines Pflegeplans zur Konkretisierung der Pflegestandards	Bisher liegt kein Grünflächenpflegeplan/Leistungsverzeichnis vor. Anhand eines solchen Plans oder Verzeichnisses kann der Pflegebedarf für die einzelnen Flächen konkretisiert	
74	Dez. III	Dezernent	Prüfung a) der Schaffung eines zentr. Baubetriebshofes zur Bündelung der Arbeiterkolonnen;	In verschiedenen dezentral organisierten Organisationseinheiten werden betriebliche Aufgaben (also durch Arbeiterkolonnen) wahrgenommen, z.B. erfolgt in OE 67	siehe auch Vorschläge zur Organisationsänderung
75	Dez. IV	OE 40	Veräußerung Schullandheim Bernau	Unter der Voraussetzung der rechtlichen Umsetzbarkeit kann das Schullandheim Bernau geschlossen werden. Derzeit werden die Umsetzbarkeit und die	
76	Dez. IV	OE 40	Reduzierung der Reinigungskosten	Für die Grundschule Goldenberg besteht derzeit noch ein Schulhausmeistervertrag im Umfang von insgesamt 1 VzÄ. Mit einem Stellenanteil von 0,5 VzÄ werden	
78	Dez. IV	OE 40	Aufgabe von Schulgebäuden; Zusammenlegung von Standorten	Im Bereich der Hauptschulen ist ein Rückgang der Schülerzahlen um 6,65 % seit 2000 zu verzeichnen. Von der bereits beschlossenen Auflösung der GHS Hölterfeld und der	
79	Dez. IV	OE 40	Aufgabe von Schulgebäuden; Zusammenlegung von Standorten	Perspektivisch können innerhalb eines Zeithorizontes von 5-10 Jahren weitere 1-2 Hauptschulstandorte abgebaut werden. Die Ermittlung eines möglichen Konsolidierungspotenzials durch die Schließung weiterer Standorte wird anhand	

Nr.	Dez.	OE	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme	Anmerkungen Fraktionen
80	Dez. IV	OE 41	Reduzierung der städtischen Zuschüsse für das WTT	Aus politischen Gesichtspunkten sollten nur Einrichtungen gefördert werden, die an Stelle der Verwaltung ein oder mehrere strategische Ziele der Stadt erfüllen.	Vertiefender Prüfauftrag
81	Dez. IV	OE 41	Integration des Produkts in die Dezernatsleitung nach dem altersbedingten Ausscheiden des	Das Produkt besteht aktuell im Schwerpunkt aus dem Produktverantwortlichen. Dieser wird unterstützt durch Auszubildende und Praktikanten. Die Freistellungsphase des	Die Stelle erhält einen KW Vermerk; die Aufgabe soll an anderer Stelle wargenommen werden.
82b	Dez. IV	OE 41	Kooperation mit anderen Theatern	Durch eine Kooperation des Teo-Otto-Theaters mit den Theatern in Solingen und Wuppertal und/oder privaten Theatern wie dem Rotationstheater und WTT (Theater im	
84	Dez. IV	OE 41	Erhöhung der Teilnehmergebühren	Eine letztmalige Erhöhung der Gebühren fand 2003 statt. In der Zwischenzeit sind die Kosten für das Kursangebot inflationsbedingt gestiegen (Verbraucherpreisindex stieg von	
86	Dez. IV	OE 41	Schließung u. Verkauf "Steffenhammer"	Der "Steffenhammer" ist ein Wasserhammer, der gelegentlich für Führungen geöffnet und betrieben wird. Eine gewerbliche Nutzung oder eine ständige Nutzung als Museum	Vertiefender Prüfauftrag
87	Dez. IV	OE 41	Übertragung des Betriebs der Begegnungsstätte auf den Förderverein	Eine Übertragung der Veranstaltungen und der Begegnungsstätte auf den Förderverein ist möglich. Vorteile wären die Festsetzung von privatrechtlichen Entgelten für	
88	Dez. IV	OE 41	Erhebung von Eintrittsgeldern	Bislang werden im Deutschen Röntgen-Museum keine Eintrittsgelder verlangt. Durch die Einführung eines Eintrittspreises von 2 EUR sollen die künftigen Besucher, die von der	
89b1	Dez. IV	OE 42	Einnahmeerhöhung durch strukturelle Veränderung des Kostentarifs	Die letzte Erhöhung der Nutzungsgebühr fand 2001 statt. Seitdem ist der Verbraucherpreisindex um 8,04 % gestiegen. Eine Anpassung der Nutzungsgebühr soll als	
89b2	Dez. IV	OE 42	Einführung RFID / Selbstverbuchung	In der Zentralbibliothek und der Zweigstelle Lennep ist die Einführung eines Selbstverbuchungssystems möglich, bei dem die Ausleihe und ggf. auch die Rücknahme durch	
89b3	Dez. IV	OE 42	Schließung der Bibliothek Lüttringhausen u. der Mobilothek	Die Bibliothek Lüttringhausen wird mit 1,5 Stellen betrieben, die Mobilothek mit 2 Stellen. Durch die Schließung der Zweigstelle Lüttringhausen können laufende	Der Mietvertrag mit der Stadtteilbibliothek Lüttringhausen wird gekündigt. Die Mobilothek bleibt erhalten, so lange die Funktionalität des Busses gegeben ist.
89b4	Dez. IV	OE 42	Personalreduzierung	Die Öffentliche Bibliothek verfügt über 3 Stellen, die aus dem Mitarbeiterpool der Stadt Remscheid stammen. Diese sind für die Bibliothek nur eingeschränkt einsetzbar.	
91	Dez. IV	OE 43	Realisierung von Mehreinnahmen	Für ausgewählte Kurse ist eine Einrechnung von Kursmaterialien in die Kursgebühren denkbar. Kursmaterialien bieten sich an in Gesundheitskursen (Yoga, AT, Gigong, PME),	Darüber hinaus: Prüfauftrag, ob und in welchem Umfang Gebühren bei VHS erhöht werden können und zumutbar wären, Gebühren-Vergleich

Nr.	Dez.	OE	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme	Anmerkungen Fraktionen
92	Dez. IV	OE 43	Übernahme des EDV-Kursangebots für die Stadt Remscheid	Die Serviceeinheit 27 bietet Computerkurse an. Die VHS könnte diese ebenfalls anbieten. Durch die Einrichtung der beiden EDV-Schulungsräume ist die VHS nunmehr in der Lage,	Sobald die Qualitätsmerkmale erfüllt sind, Raumkooperation muss vorher möglich sein
93	Dez. IV	OE 43	Kooperation im Bereich der verwaltungsinternen beruflichen Weiterbildung	VHS könnte zum einen Weiterbildungsangebote für andere städtische Einrichtungen im Personal- und Sozialbereich und zum anderen Weiterbildungsangebote für andere	Qualitätsmerkmale müssen erfüllt sein
95	Dez. IV	OE 43	Aufgabe der Räumlichkeiten in der Bungestraße 1	Zur Zeit werden Räumlichkeiten in der Bungestraße 1 durch die VHS genutzt. Diese sind angemietet und verursachen Mietkosten von 811 EUR/Monat. Der Vertrag ist	
99	Dez. IV	OE 45	Abschluss von Schlüsselgewaltverträgen für die Sporthalle Klausen	In der Sporthalle Klausen könnte nach Durchführung von geringfügigen Umbaumaßnahmen (Kosten 10.000 EUR) die Schlüsselgewalt auf die Sportvereine übertragen werden.	
104	GB OB	OE 11	Erhöhung der Effizienz der Verwaltung u. internen Beratung	Es sind über 7 VzÄ mit rein verwaltenden Tätigkeiten betraut. Das ist eine vergleichsweise hohe Quote. Durch eine Geschäftsprozessanalyse und Standardabsenkungen, wie z.B.	Vertiefender Prüfauftrag
105	GB OB	OE 11	Steigerung der Effizienz in der Reisekostenabrechnung	Der Prozess der Reisekostenabrechnung kann zum Großteil dezentralisiert werden. Die Abrechnungssheets sollen dabei weitestgehend von dem Mitarbeiter ausgefüllt	Vertiefender Prüfauftrag
106	GB OB	OE 11	Steigerung der Effizienz der Beihilfeabrechnungen	Die Beihilfeabrechnung wird am Markt für 15 EUR pro Fall netto angeboten. Da es sich hierbei um ein gewinnorientiertes, aber dennoch seriöses Angebot handelt, besteht	Vertiefender Prüfauftrag
107	GB OB	OE 11	Outsourcing der Kindergeldabrechnung	Die Kindergeldabrechnung wird für 2,85 EUR pro Fall auf dem Markt angeboten. Sie kostet 49,85 EUR pro Fall in OE 11. Die Kindergeldabrechnung sollte somit outgesourct	Vertiefender Prüfauftrag
108	GB OB	OE 11	Interkommunale Zusammenarbeit in der Lohn- u. Gehaltsabrechnung	Ein Abrechnungsfall kostet ca. 13,35 EUR reine Personal- und EDV-Kosten. Eine Studie von Rödl & Partner zeigt, dass die Kosten für die Abrechnungen mit zunehmender Anzahl	Vertiefender Prüfauftrag
109	GB OB	OE 11	Zusammenlegung von OE 11 mit der OE 25	Sowohl OE 25 als auch OE 11 sind mit Aufgaben betraut, die den Bereich Personalmanagement im weiteren Sinne betreffen. Planungsaufgaben liegen dabei schwerpunktmäßig	
110	GB OB	OE 80	Intensivierung der Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung mit	Das Bergische Städtedreieck Remscheid-Solingen-Wuppertal verfügt über eine seit Jahren eingeübte regionale Zusammenarbeit vieler Akteure. Dabei sind insbesondere die	
111	Dez. I	Dezernent	Kooperation "Bergisches Service-Center" - Personaleinsparung	Die Stadt Wuppertal wird zum 1.10.2007 mit dem "Bergischen Service-Center" starten. Die Städte Solingen und Remscheid sind aufgerufen, sich an dem Projekt im Rahmen	

Nr.	Dez.	OE	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme	Anmerkungen Fraktionen
112	GB OB	Oberbürgermeisterin	Konzentration der Beauftragten	Die Stadt Remscheid verfügt über eine Gleichstellungsbeauftragte, einen Schwerbehindertenbeauftragten, einen Suchtbeauftragten sowie einen Datenschutzbeauftragten. Für jede dieser Funktionen wird eine VzÄ bereitgestellt.	
113	Dez. I	SR GmbH	Vollausschüttung der Jahresüberschüsse der Stadtwerke Remscheid GmbH	Die Gewinne der Stadtwerke Remscheid GmbH können vollständig ausgeschüttet werden. Allerdings sinken die zukünftigen Gewinnerwartungen ab 2008 insbesondere	Vertiefender Prüfauftrag
115	Dez. I	SR GmbH	Prüfung von Synergien aus interkommunaler Zusammenarbeit mit Velbert u.	Zwischen den Geschäftsführungen der Stadtwerke wurde eine erste Verständigung darüber erreicht, dass eine verstärkte Zusammenarbeit Synergiepotenziale bieten kann.	
116	Dez. I	SR GmbH /	Prüfung (verstärkter) Zusammenarbeit zwischen Stadtwerken u. GEWAG	Da einerseits die Stadtwerke Gesellschafter der GEWAG sind und andererseits in beiden Beteiligungen inhaltlich gleiche Themen relevant sind (z.B. Energie, Wasser,	Vertiefender Prüfauftrag
117	Dez. I	SR GmbH / REB	Prüfung der Zusammenführung der Aufgaben der REB mit den Stadtwerken betreffend das	Die Zusammenführung der Betriebsführung bietet Optimierungspotenzial bei gleichartigen Aufgaben oder Abläufen, z.B. hinsichtlich Leitstellen, GIS, Fahrzeugen/Technik,	Vertiefender Prüfauftrag
120	Dez. I	Sana Klinikum	Prüfung einer Veräußerung der Geschäftsanteile (25%)	75 % der Geschäftsanteile werden bereits von einem privaten Gesellschafter gehalten, derzeit erfolgen keine Ausschüttungen an den städtischen Haushalt als	
121	Dez. I	GEWAG	Erhöhung Ausschüttungsquote: Vollausschüttung	Die Jahresüberschüsse können (zumindest temporär) vollständig an die Gesellschafter ausgeschüttet werden. Der Potenzialausweis beinhaltet neben der zusätzlichen	Vertiefender Prüfauftrag
124	Dez. II	APH	Prüfung einer Veräußerung APH	Derzeit erfolgt keine Ausschüttung an den städtischen Haushalt als Eigenkapitalverzinsung. Das Defizit lag für das Jahr 2005 bei 623.000 EUR. Veräußert werden kann nicht der	Die Maßnahme ist aufgrund des Beschlusses des Rates und des Vertrages mit der Bergischen Diakonie Aprath erledigt.

Nr.	Dez.	OE	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme	Anmerkungen Fraktionen
9	Dez. I	OE 21	Erhöhung Gewerbesteuersatz auf 460 v.H.	Die Erhöhung des Gewerbesteuersatzes von 450 v. H. auf 460 v. H. bringt für die Stadt Remscheid Bruttomehreinnahmen in Höhe von 1,1 Mio. EUR. Zu bedenken ist hierbei jedoch, dass die Erhöhung des	
10	Dez. I	OE 21	Erhöhung Steuersatz Grundsteuer B auf 500 v.H.	Durch eine Erhöhung des Steuersatzes für die Grundsteuer B von derzeit 495 v. H. auf 500 v. H. können jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 183.600 EUR realisiert werden. Mit dem Hebesatz würde die Stadt	
11	Dez. I	OE 21	Erhöhung Steuersatz für das Halten eines Hundes auf 130 €	Eine Erhöhung des Steuersatzes für das Halten eines Hundes von derzeit je Hund 120 EUR / Jahr auf 130 EUR / Jahr führt zu jährlichen Mehreinnahmen in Höhe von	
12	Dez. I	OE 21	Erhöhung Steuersatz für das Halten von zwei Hunden je Hund auf 160 €	Für das Halten von zwei Hunden wird derzeit in der Stadt Remscheid jährlich eine Steuer von 150 EUR pro Hund erhoben. Eine Erhöhung dieses Steuersatzes auf 160	
29	Dez. II	OE 51	Reduzierung der Kosten für Behindertenfahrdienst	Derzeit wird der Behindertenfahrdienst als "teilweise" freiwillige Leistung erbracht. Der Malteser Hilfsdienst aus Solingen erbringt Fahrdienstleistungen auf Abruf	
45	Dez. II	OE 53	Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse	Eine Gestaltungsmöglichkeit im Bereich Gesundheitswesen sind die freiwilligen Zuschüsse. Es werden rein freiwillige Zuschüsse in Höhe von 12.000 EUR an die zentrale	
60	Dez. III	OE 66	Reduzierung 25 % - Stadtanteil Straßenreinigungsgebühren	Im Straßenreinigungsgesetz befindet sich im Gegensatz zu früher (25 %) keine Vorgabe zu einem öffentlichen Anteil, obwohl ein solcher gefordert wird. Derzeit besteht	
61	Dez. III	OE 66	Reduzierung Straßenbeleuchtungsdauer	Die Straßenbeleuchtung kann nachts abgeschaltet werden, z.B. zwischen 24 und 4 Uhr (eine differenzierte Schaltung einzelner Straßenzüge funktioniert in Remscheid	
68	Dez. III	OE 67	Reduzierung des Zuschusses an den Kreisverband der Kleingärtner	Der Kreisverband der Kleingärtner erhält eine Pachtrückvergütung von 20 %. Dafür übernimmt er im Gegenzug treuhänderische Aufgaben, verkehrssicherungspflichtige	Vereinfachung des Verfahrens soll überprüft werden
71	Dez. III	OE 67	Reduzierung der Unterhaltsaufwendungen für Kinderspielplätze durch	Da für die einzelnen Spielplätze und Spielgeräte regelmäßige Aufwendungen für Pflege, Unterhaltung und Wartung in Zusammenhang mit der städtischen	Prüfauftrag, ob Outsourcing von Instandhaltung und Pflege möglich ist.
72	Dez. III	OE 67	Wegfall des Zuschusses für die Naturschule Grund	Da es sich bei dem Zuschuss für die Naturschule Grund um eine freiwillige Leistung handelt, kann auf den Zuschuss verzichtet werden. Ggf. kann eine verstärkte	
82a	Dez. IV	OE 41	Schließung des Teo-Otto-Theaters	Das Teo-Otto-Theater ist eine freiwillige Einrichtung der Stadt Remscheid. Der Haushalt 2006 veranschlagt für das Teo-Otto-Theater einen Zuschuss in Höhe von 1,73	

Nr.	Dez.	OE	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme	Anmerkungen Fraktionen
89a	Dez. IV	OE 42	Schließung der Präsenzbibliothek u. Angliederung an Universitätsbibliothek Wuppertal	Moderne Medien wie Internet und Fernleihe werden durch die Nutzer bei der Beschaffung von Medien und Informationen verstärkt genutzt. Unter Berücksichtigung des	
102	GB OB	OE 11	Streichung der Ausbildungsstellen über Bedarf	Nach Stand 2006 werden 21 Azubis über Bedarf ausgebildet. Diese Stellen können gestrichen werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob nicht zeitweilig ein vollständiges	
118a	Dez. I	REB	Erzielung u. Ausschüttung einer Eigenkapital-Verzinsung	Eine Verzinsung des Eigenkapitals kann an die Stadt ausgeschüttet werden. Dafür sind verschiedene Voraussetzungen erforderlich:	
118b	Dez. I	REB	Prüfung der Veräußerung	Derzeit erfolgt vom REB keine Ausschüttung an den städtischen Haushalt (Eigenkapitalverzinsung). Bei einer Veräußerung des REB bestehen jedoch einerseits rechtliche	
119	Dez. I	Dezernent	Zukünftige Finanzierung der Straßenreinigung u. des Winterdienstes sowie ggf.	Hierzu sollte eine Abschaffung der Straßenreinigungsgebührensatzung und die Modifikation der Straßenreinigungssatzung erfolgen. Dies führt auch zu einem Ausgleich	